„Kommunale Haushaltsdefizite lassen sich nicht wegstreiken.“

Kommunale Arbeitgeber verabschieden „Erfurter Erklärung“ zur Tarifrunde 2027
+++ VKA-Mitgliederversammlung appelliert an die Gewerkschaften

Erfurt/Berlin. Die Gewerkschaft ver.di hat die Entgeltregelungen von TVöD und TV-V zum 31. März 2027 gekündigt. Die deshalb erforderlichen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen beginnen am 9. April 2027 in Potsdam. Im Vorfeld hat die Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) heute in Erfurt eine „Erfurter Erklärung“ beschlossen. Unter dem Titel „Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten – Die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern“ beziehen die kommunalen Arbeitgeber Position für die kommende Tarifrunde.

> *„Die Kommunen sind das Fundament, auf dem unser Alltag steht – von der Kita bis zum Krankenhaus. Gerade deshalb dürfen wir dieses Fundament nicht überlasten. Wer über Löhne spricht, spricht letztlich auch darüber, ob Schwimmbäder offenbleiben und Schulen saniert werden können“,* so VKA-Präsident Dr. Wolf-Rüdiger Michel. *„Mit der Erfurter Erklärung senden wir ein Signal: Die Tarifverhandlungen müssen sich an der Realität in den Rathäusern und kommunalen Unternehmen orientieren.“*

Die Erklärung hält fest, dass kommunale Arbeitgeber ihren rund 2,7 Millionen Beschäftigten schon heute sichere Arbeitsplätze, attraktive tarifliche Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung bieten. Gleichzeitig ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen erschöpft: 2025 verzeichneten die Städte, Gemeinden und Landkreise ein Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro. Für 2026 erwarten die kommunalen Spitzenverbände ein Defizit von 29,7 Milliarden Euro. Der Investitionsrückstand liegt inzwischen bei über 231 Milliarden Euro, die Verschuldung bei rund 200 Milliarden Euro. Zusätzliche Kosten bedrohen unmittelbar die kommunalen Leistungen vor Ort, von der sozialen Sicherung über die Gesundheitsversorgung, kommunale Infrastruktur bis hin zu Bildung und Betreuung.

> *„Wir kennen die Lage in den Rathäusern, Kreishäusern und kommunalen Unternehmen. Mit der Erfurter Erklärung sagen wir vor den Verhandlungen offen, wie sie ist. Daran muss sich jede Forderung messen lassen, und daran richten wir unsere Verhandlungsführung aus.“* sagt der VKA-Präsident. *„Die aktuelle Lage verpflichtet zur Konsolidierung und verlangt Verantwortung der Tarifpartner. Wir appellieren an die Gewerkschaften, von Forderungen abzusehen, die die Finanzlage der kommunalen Arbeitgeber außer Acht lassen.“*

Die vollständige „Erfurter Erklärung“ finden Sie als Anlage.

VKA
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten - Die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern

Die kommunalen Arbeitgeber bieten ihren Beschäftigten sichere, vielfältige und sinnstiftende Arbeitsplätze, transparente und attraktive Arbeitsbedingungen auf Grundlage von Tarifverträgen, eine gute Bezahlung und ein hohes Maß an Flexibilität.

Rund 2,7 Millionen Menschen arbeiten in unterschiedlichen Branchen bei fast 10.000 kommunalen Arbeitgebern in ganz Deutschland. Es gilt, die vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit auch in den nächsten Jahren zu erhalten.

Die Kommunen befinden sich in einer historisch katastrophalen finanziellen Lage. Dieses Rekorddefizit nimmt den Kommunen die finanzielle Bewegungsfreiheit für die kommenden Jahre. Im Jahr 2025 betrug das Defizit der deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise 31,9 Milliarden Euro. Die Kommunalen Spitzenverbände erwarten für 2026 ein Defizit von 29,7 Milliarden Euro. Der Rückstand bei den Investitionen liegt inzwischen bei einem Höchststand von über 231 Milliarden Euro, die Gesamtverschuldung der Kommunen ist bereits auf über 200 Milliarden Euro gestiegen.

Viele Gemeinden, Städte und Landkreise befinden sich in der Haushaltssicherung. Leere Kassen gefährden das Gemeinwohl. Zusätzliche Kosten bedrohen unmittelbar vor Ort die kommunalen Leistungen – von der sozialen Sicherung über die Gesundheitsversorgung, die kommunale Infrastruktur bis hin zu Bildung und Betreuung. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen ist erschöpft. Auch die finanzielle Lage der kommunalen Unternehmen, gerade der Krankenhäuser, lässt keinen Spielraum für zusätzliche Belastungen.

Deshalb geht es bei den im April 2027 beginnenden Tarifverhandlungen für den kommunalen öffentlichen Dienst auch um die Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Hier vor Ort erleben die Menschen, ob und wie unser Staat funktioniert.

Neben anderen Haushaltspositionen haben sich auch die Personalkosten in den vergangenen Jahren überproportional erhöht. Grund hierfür sind Tarifabschlüsse, die die Inflation der letzten Jahre mehr als ausgeglichen haben. Schon jetzt sind viele Kommunen zum Personalabbau gezwungen. Die aktuelle Lage der Kommunen verpflichtet zur Konsolidierung und verlangt die Verantwortung der Tarifpartner.

Deshalb appellieren wir an die Gewerkschaften, von Forderungen abzusehen, die die Finanzlage der kommunalen Arbeitgeber außer Acht lassen. Kommunale Haushaltsdefizite lassen sich nicht weg- und Wirtschaftswachstum nicht herbeistreiken.